

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
wie viel Einfluss haben wir hier eigentlich noch?

Diese Frage steht am Anfang meiner heutigen Rede.
Und sie ist keine rhetorische Spielerei – sie ist der Kern dessen,
was heute auf dem Tisch liegt.

Die Kommunen in NRW befinden sich in der schwersten und
größten Finanzkrise jemals! Dieses Problem wird nicht in diesem
Rat gelöst. Das wurde auch nochmal beim Städte- und
Gemeindebund in Düsseldorf deutlich, wo einige aus unseren
Reihen letzte Woche anwesend sein durften. Quasi allen
Kommunen in NRW geht es gleich. In unterschiedlichen
Ausprägungen, aber von der Tendenz identisch.

Wir sprechen über einen Haushalt mit einem Defizit von rund
23,5 Millionen Euro in diesem Jahr und um die 15 Millionen Euro
in jedem der Folgejahre. Eingeplant sind aber schon jährlich etwa
5 Millionen Euro sogenannter „Globaler Minderaufwand“, also
eine Wette darauf, dass weniger Geld ausgegeben wird, als
geplant.

Dimensionen, die schier unvorstellbar sind und einen Rat in eine
Ohnmacht versetzen. Es müsste der reinste Kahlschlag
stattfinden und trotzdem wäre das Defizit nicht weg.

Mit der Übersicht über freiwillige und von uns beeinflussbare Positionen im Haushalt wurde nochmal deutlich, dass wir hier im Rat gerade einmal rund 9,2 Millionen Euro des Haushaltsplans 2026 wirklich „in der Hand haben“. Das sind ungefähr 3 Prozent bei einem Haushaltsvolumen von etwa 280 Millionen Euro.

Wir haben also das Defizit von -23,5 Mio. Euro, demgegenüber alle beeinflussbaren Positionen von rund 9,2 Mio. Euro.

Allein diese Zahlen zeigen doch:

Die eigentliche Problematik dieses Haushalts ist auf kommunaler Ebene allein nicht mehr lösbar.

Das ist keine Ausrede.

Das ist eine nüchterne Feststellung.

Meine Damen und Herren,

wir haben in den letzten Jahren Verantwortung übernommen. Auch dann, wenn Entscheidungen unangenehm waren. Das haben wir nicht vergessen.

Der Bürgermeister stellte diesen Haushalt vor mit den Worten, man müsse jetzt vielleicht auch mal unbequeme Entscheidungen treffen und meinte damit die bevorstehenden Grundsteuererhöhungen.

Ich erinnere an das Jahr 2024, als wir nach acht Jahren unveränderter Hebesätze über die Erhöhung der Grundsteuer diskutiert haben.

Diese Entscheidung ist uns alles andere als leicht gefallen. Sie war hart. Sie war unpopulär. Und sie war politisch teuer. Aber wir haben sie getroffen, weil wir überzeugt waren, dass sie notwendig war.

Wir haben danach im damals bevorstehenden Kommunalwahlkampf nichts versprochen, was wir nicht halten können.

Und wir haben dafür die Quittung bekommen. Am Wahltag. Sehr deutlich. Das haben wir verstanden. Und wir haben daraus Konsequenzen gezogen. Wir haben beschlossen, nicht einfach so weiterzumachen, wie bisher und daran werden wir uns auch weiterhin ausrichten.

Wie gut zum Beispiel, dass wir uns damals gegen die lautstarke CDU-Forderung der Differenzierung von Hebesätzen bei der Grundsteuer entschieden haben. Aus genau den Gründen, die wir damals dagegen angeführt haben, gibt es inzwischen mehrere Urteile. Mit dem Ergebnis: Die auf Differenzierung basierenden Grundsteuerbescheide sind rechtswidrig.

Umso erstaunlicher ist es, was wir heute erleben.

Der gleiche politische Raum, der damals lautstark gegen die Grundsteuerentscheidung mobilisiert hat, plant heute in diesem Haushalt eine Steuererhöhung ab 2027 ein.

105 Punkte pro Jahr. Über drei Jahre hinweg. Das sind 315 Punkte. Und selbst das – so hat es der Bürgermeister selbst gesagt – reicht nicht aus, um den Haushalt wirklich zu stabilisieren.

Meine Damen und Herren, das zeigt doch: Die Probleme, vor denen wir stehen, sind nicht hausgemacht. Sie sind strukturell.

Warum sage ich das? Ja, der Haushalt 2026 sieht noch keine Steuererhöhung in diesem Jahr vor. Aber er sieht eine Steuererhöhung ab dem nächsten Jahr vor und zwar jährlich! Nur mit dieser Steuererhöhung wird der Haushalt überhaupt genehmigungsfähig...Vielleicht... Aber auch nur gerade so. Das wird für den Haushalt 2027 so nicht mehr gelingen.

Und genau deshalb müssen wir heute ehrlich sein.

Dieser Haushalt ist kein Haushalt, der Probleme löst. Er verwaltet die strukturelle Unterfinanzierung und verschiebt den Kollaps. Probleme, vor denen Kommunen im ganzen Land stehen und allein gelassen werden. Er ist – und ich sage das ganz bewusst so – nur noch eine lebenserhaltende Maßnahme. Nicht mehr. Aber leider auch nicht weniger.

Dieser Haushalt ist vermutlich genehmigungsfähig – gerade so – aber er ist es nur auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger. Kreditfinanziert. Denn die Grundlage dieses Haushalts ist die

zukünftige Steuererhöhung. Nur mit der Einplanung der jährlichen Steuererhöhungen ist das Ende der Mittelfristigen Finanzplanung noch ganz knapp so darstellbar, um vermutlich eine Genehmigung des Haushalts zu erhalten.

Die Eigenkapitalentwicklung ist verheerend: Die Ausgleichsrücklage umfasste zu Beginn des Jahres 2026 noch 24,5 Mio. Euro. Die wird zu Beginn des nächsten Jahres weg sein. Ab nächstem Jahr steht dann also schon der bilanzielle Verlustvortrag in der Planung – und zwar mit über -14. Mio. Euro. Der Summiert sich nach der aktuellen Planung bis Ende 2029 auf über -40 Mio. Euro. Vorausgesetzt es gibt keinerlei weitere Verschlechterung, die wir heute nicht sehen. Dem gegenüber steht dann – rein bilanziell – noch die Allgemeine Rücklage, also unsere Substanz, in Höhe von 41 Mio. Euro. Wenn also im Haushalt 2027 die mittelfristige Finanzplanung ein Jahr länger dargestellt werden muss, als es heute der Fall ist, dann wird das nicht mehr gelingen. Das nennt man dann auch Überschuldung. Pleite.

Und genau da liegt doch das Problem: Statt Kommunalpolitik zu machen, können die Räte im ganzen Land nur noch Löcher stopfen – so auch wir. Statt die Stadtentwicklung voranzubringen, ist der einzige Blick nur noch auf das Ende der Mittelfristigen Finanzplanung gerichtet und darauf, dass da auf Gedeih und Verderb mit allen möglichen Bilanzierungstricks eine

Zahl steht, die so gerade noch die Genehmigung ermöglicht. Dafür sind wir doch alle nicht angetreten.

Die Genehmigung dieses Haushalts bezahlen die Menschen in dieser Stadt über die Grundsteuer. Alle. Er ist kreditfinanziert auf Kosten aller in den nächsten Jahren. Eigentümerinnen und Eigentümer. Mieterinnen und Mieter. Unternehmen. Und zwar nicht einmalig. Sondern Jahr für Jahr.

Eine Wohnung in der Innenstadt wird mit diesen Planungen bis 2029 zwischen 60 und 100 Euro mehr pro Jahr belastet.

Ein Einfamilienhaus durchaus auch zwischen 200 und 300 Euro mehr pro Jahr. Genau beziffern könnte man es im jeweiligen Einzelfall.

Und der große Knall folgt dennoch! Der große Knall folgt dennoch, weil der Ausblick so miserabel ist.

Meine Damen und Herren,
ich sage hier nicht, dass es nie wieder zu Steuererhöhungen kommen wird. Die Grundsteuer ist gewissermaßen statisch – nach der Reform 2025 ist davon auszugehen, dass sie auch in den nächsten Jahrzehnten die heutigen Grundlagen behalten wird. Sie berücksichtigt aber beispielsweise keinerlei Inflation und so wird die Einnahme über die Jahre hinweg weniger wert. Deshalb ist es durchaus nachvollziehbar und auch erklärbar,

dass die Grundsteuer über gewisse Zeiträume hinweg auch mal an die Lohnentwicklung oder die Inflation angepasst werden muss.

Aber, nachdem 2024 hier in diesem Rat noch Worte wie „erdrosselnde Wirkung“ und „Wohnen darf nicht immer teurer werden“ gefallen sind, können wir nicht gerade mal nur zwei Jahre nach dieser massiven Steuererhöhung, die vielfach kritisiert wurde, erneut über steigende Belastungen sprechen – das können wir den Menschen nicht mehr erklären.

Erstrecht nicht, wenn trotz steigender Abgaben die Angebote und Leistungen der Stadt reduziert werden oder nicht funktionieren. Wenn beispielsweise weniger Geld für die Sanierung von Schlaglöchern da ist, Müll seltener aufgesammelt wird oder Geld für die Pflege von Grünflächen fehlt.

Erstrecht nicht, in einer Zeit, in der auch die Bürgerinnen und Bürger mit Energiepreisschocks, Lebensmittelpreisschocks zu kämpfen haben und das Leben insgesamt immer teurer wird.

Aber gleichzeitig erleben wir auch etwas anderes:

Trotz dieser miserablen Haushaltslage wächst der Stellenplan.

Rund 33 neue Stellen. Ja, ein großer Teil dieser Stellen ist notwendig für die Feuerwehr, den Rettungsdienst, die

Jugendhilfe und das Kindeswohl. Dazu wird immer auch die SPD stehen!

Und genau das zeigt doch erneut das eigentliche Problem: Immer mehr Aufgaben werden auf die Kommunen übertragen – ohne dass sie ausreichend finanziert werden. Das ist Teil des strukturellen Problems.

Aber, meine Damen und Herren, das kann nicht dazu führen, dass wir hier vor Ort jede weitere Stelle einfach hinnehmen und alles Mehrausgaben immer einfach über Erhöhung von Steuern lösen müssen. In einer solchen Haushaltslage braucht es einen klaren Grundsatz: Stellen, die für Leib und Leben notwendig sind: Ja. Stellenaufwuchs darüber hinaus: Nein.

Jetzt ist die Zeit für einen Stellen-Stopp – da sind wir uns hier vielfach einig. Kein Unternehmen in einer derart desaströsen wirtschaftlichen Lage würde Personal aufbauen. Es würde konsolidieren. Es würde priorisieren. Es würde sich auf das Wesentliche konzentrieren. Warum sollte das für eine Kommune anders sein – zumindest in den Bereichen, die nicht Leib und Leben betreffen? Und deshalb ist es notwendig, dass die Stadt Eschweiler sich erneut auf den Weg macht, einen Stellenentwicklungsplan zu erarbeiten, wie es ihn schonmal 2017 gab.

Denn es kommt noch etwas hinzu:

Es geht nicht nur um die Anzahl der Stellen. Es geht auch um deren Verteilung.

Wenn wir sehen, dass in Bereichen wie Wirtschaftsförderung, Planung oder Jugendförderung Stellen reduziert werden, während gleichzeitig die Öffentlichkeitsarbeit massiv ausgebaut wird, dann stellt sich schon die Frage: Welche Prioritäten werden hier eigentlich gesetzt?

Ein ganz plakatives Beispiel aus den Stellenplananteilen: Die Öffentlichkeitsarbeit hatte 2025 insgesamt 1,3 Stellenplananteile und soll jetzt 2026 auf 4,81 Stellenplananteile steigen. Ein Plus von 3,51 Stellenplananteilen! Die Wirtschaftsförderung hingegen hatte 2025 insgesamt 7,7 Stellenplananteile. 2026 sollen es nur noch 5,95 sein. Minus 1,72 Stellenplananteile.

Ja, Städte müssen mehr und besser kommunizieren, als in der Vergangenheit! Auch das ist wichtig. Aber in einer solch dramatischen finanziellen Lage ist ein Reduzieren der Wirtschaftsförderung zu Gunsten der Öffentlichkeitsarbeit wohl kaum sinnvoll.

Die Ansiedlung von Gewerbe war in der Vergangenheit eines der zentralen Themen unserer politischen Arbeit. Wir haben im Ausschuss für Strukturwandel, Wirtschaftsförderung und Tourismus kürzlich vorgestellt bekommen, wie erfolgreich in den

letzten 10 Jahren Gewerbegebiete erschlossen und vermarktet werden konnten. Fahren wir doch mal durch diese Gebiete. Sei es das IGP, sei es das Interkommunale Gewerbegebiet am Kraftwerk, sei es das ganz neue Gewerbegebiet Langgasse. Überall bauen Unternehmen, siedeln sich Firmen an und schaffen damit echte Wertschöpfung. In einer Zeit, in der im ganzen Land von Stellenabbau die Rede ist. Wir haben hier in den letzten Jahren dem Landestrend getrotzt und das ist auch gut so und das soll auch weiter so gehen.

Und die Ausführungen der Kämmerin im Haupt- und Finanzausschuss letzte Woche unter „Anfragen und Mitteilungen“ geben uns Recht: Sie sagte dort, dass das Ergebnis 2025 voraussichtlich mit rund 16 Millionen Euro Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer abschließen, als geplant. 16 Millionen Euro mehr! Ich hätte erwartet, dass der Bürgermeister eine solch gravierende Verbesserung im Haushalt selbst zu Beginn der Beratungen über den Haushalt 2026 vorstellt und nicht bis zum Ende der Sitzung damit wartet!

2025 haben wir somit voraussichtlich rund 59,2 Mio. Euro Gewerbesteuer eingenommen. Mit Blick auf die letzten 10 Jahre eine massive Steigerung.

Eine Entwicklung bei der Gewerbesteuer, die auf erfolgreiche gewerbliche Entwicklung der vergangenen Jahre in Eschweiler zurückzuführen ist und, die Sie so nicht mehr erwartet können,

wenn die Priorität offenbar nicht mehr auf Wirtschaftsförderung oder Planungs- und Genehmigungsverfahren gesetzt wird.

Allerdings auch hier bei gilt: Wie gewonnen, so zerronnen. Denn das Land bestraft uns in Folgejahren für die guten Entwicklungen mit sinkenden Schlüsselzuweisungen.

Meine Damen und Herren,
auch bei den Investitionen wurden aus unserer Sicht falsche Prioritäten gesetzt. 3,3 Millionen Euro für die Sanierung des parlamentarischen Bereichs hier im Rathaus. Ja, dieser Bereich ist nicht mehr zeitgemäß. Ja, es gibt Verbesserungsbedarf. Über den Teppich lässt sich streiten – „Denkmalschutz“ oder „raus damit“. Es ist jedenfalls nicht eine Entscheidung des heutigen Tages. Aber in einer Situation, in der gleichzeitig ganz klar Steuererhöhungen bevorstehen, können wir uns eine solche Maßnahme aktuell nicht leisten.

Das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Und auch eine Frage des politischen Signals.

Es ist deshalb gut, wenn man sich hier auf das mindestens Nötige für die Sicherstellung des Brandschutzes fokussiert und alles darüber Hinausgehende streicht.

Insgesamt muss man zu den Investitionen mal deutlich sagen: Das geplante und Angestoßene muss erstmal abgearbeitet werden. Um nur ein paar Beispiele dessen zu nennen, was

ohnehin in den nächsten Jahren vorgesehen und bereits angestoßen ist: Hauptfeuerwache, Waldschule, Grundschule Bergrath, Nebengebäude Städtisches Gymnasium, Grundschule Eduard-Mörke-Straße, Reste des Wiederaufbaus, Hochwasserschutz, zahlreiche Straßenbauprojekte, **das Marktquartier** und und und.

Nun wird uns entgegengehalten:

Die SPD hat doch in der Vergangenheit den Haushalten zugestimmt. Warum jetzt nicht mehr?

Die Antwort ist einfach:

Wir haben Haushalten zugestimmt, wenn wir sie trotz aller Schwierigkeiten für verantwortlich gehalten haben.

2022 erzielten wir einen Jahresüberschuss von +22,5 Mio. Euro. Das wurde der Ausgleichsrücklage zugeführt, von der wir heute zehren. 2023 waren es -6,6 Mio. Euro. 2024 waren es -8,8 Mio. Euro und 2025 werden es rund -7,6 Mio. Euro sein. Jetzt stürzt dieser Haushalt in das Unermessliche ab und Jahresfehlbeträge zwischen -23,5 Mio. Euro und in jedem der Folgejahre um die -15 Mio. Euro werden zum neuen „Normal“. Die Dimensionen haben sich massivst verändert.

Dieser Haushalt und der Ausblick auf die Folgejahre überschreitet für uns eine Grenze und zeigt deutlich die Perspektivlosigkeit auf. Die nächsten Jahre deuten sich als

Düster an. Wir können keinen Lichtblick erkennen. Nicht wir haben unsere Haltung geändert – die Lage hat sich verändert. Verantwortung bedeutet nicht, immer Ja zu sagen. Verantwortung bedeutet auch, Nein zu sagen, wenn es notwendig ist.

Ein Vorwurf wird sein:

Mit einer Ablehnung riskieren wir, dass der Haushalt nicht beschlossen wird. Ja, das ist richtig: Das ist ein Risiko.

Aber es ist ein Risiko, das zur Demokratie gehört, wenn es keine festen Mehrheiten gibt. Es ist Aufgabe des Bürgermeisters, damit umzugehen. Dafür wurde er gewählt.

Es war allen klar, dass keine feste Koalition zu unterschiedlichen Mehrheitskonstellationen bei Sachfragen führt. Das haben wir in den letzten Monaten schon bewiesen und ich würde behaupten gut bewiesen. Denn wir haben bei zahlreichen Sachfragen verschiedene gute Kompromisse und Abwägungen getroffen und in den Ausschüssen und dem Rat dann oft breite Mehrheiten gebildet. Aber eben auch jetzt, wenn es um den Haushalt geht, bleibt die Mehrheitsbildung offen.

Ich habe gerade einiges angerissen und aufgeführt: Eine Zustimmung der SPD kann nicht als „automatisch“ vorausgesetzt werden. Damit überhaupt nicht erst der Eindruck entsteht: Kommen Sie garnicht erst in Versuchung zu glauben, wir würden

uns die Entscheidung über die Haushaltsabstimmung so leicht machen, einfach zu sagen, wir lehnen heute ab, weil die CDU in Eschweiler sich über 20 Jahre lang kein Stück um den Haushalt dieser Stadt gekümmert und selbst bei Überschüssen nicht zugestimmt hat. Das wäre zu einfach!

Aber: Wir sind nicht für die Mehrheitsbeschaffung des Bürgermeisters oder der CDU zuständig. Dann – würden wir wirklich einfach so weiter machen, wie vor der Kommunalwahl.

Sollte heute der Haushalt möglicherweise nicht beschlossen werden, dann bedeutet das nicht Stillstand oder Blockade. Die Stadt bleibt handlungsfähig. Pflichtaufgaben und vertragliche Verpflichtungen laufen ohnehin weiter -> Wir erinnern uns: das sind ungefähr 97%. Ja: Freiwillige Leistungen und Investitionen müssen abgestimmt werden mit der Kommunalaufsicht. Aber sie **können** abgestimmt werden mit der Kommunalaufsicht. Und auch Investitionen sind weiter möglich, aber es braucht eben außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen mit Einbindung der Kommunalaufsicht. Das wurde auch gestern im Haupt- und Finanzausschuss nochmal ausgeführt.

Das Rad wird sich weiter drehen.

Mehr Abstimmung. Mehr Prioritätensetzung. Und sicherlich auch mehr Aufwand. Es gab in der Vergangenheit immer wieder

Situationen, in denen ein Haushalt erst spät im laufenden Jahr genehmigt wurde – auch dann waren schon vorher Handlungen der Stadt möglich.

Dazu ist der Bürgermeister dann aufgefordert, seine guten Kontakte zur Städteregion Aachen zu nutzen und für die wesentlichen Projekte dieser Stadt einzutreten und sie möglich zu machen. Das ist die Aufgabe und der Auftrag an den Bürgermeister, sollte ein Haushaltsplan keine Mehrheit finden.

Meine Damen und Herren,

Wir stehen vor einer enormen Herausforderung. Aber wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Und die Antworten, die wir bisher darauf sehen, reichen nicht aus. Sie verschieben nur das Problem um ein paar Monate. Spätestens nämlich, bis wir uns mit dem Haushalt für das Jahr 2027 beschäftigen.

Szenarien von Grundsteuerhebesätzen jenseits der 3000, wie sie in anderen Städten durchaus schon auf dem Tisch liegen, dürfen nicht die alleinige Lösung für die finanzielle Katastrophe sein. Die Finanzkrise der Kommunen wird zum echten Demokratieproblem.

Frust und Unzufriedenheit wachsen.

Der Staat muss mehr und mehr Angebote und Leistungen kürzen.

Gleichzeitig gibt es immer nur eine Antwort: Steuern rauf.

Das treibt Menschen in die falschen Hände.

Wird die Kommunale Finanzkatastrophe nicht gelöst, geht das zum Schaden der Demokratie!

Wir werden zukünftig auch hier über einige Veränderungen sprechen müssen.

- Wir werden über ein Haushaltssicherungskonzept sprechen müssen.
- Wir werden alternativ über einen Sanierungsfahrplan sprechen müssen.
- Wir werden darüber sprechen müssen, ob die Struktur hier im Hause die Richtige ist? Die Antwort darauf könnte ja oder nein sein – aber wir sollten uns das anschauen.
- Wir werden darüber sprechen müssen, ob wir die Müllabfuhr weiterhin selbst machen oder, ob mit der RegioEntsorgung eine andere Lösung sinnvoller wäre? Auch hier: Die Antwort könnte ja oder nein sein.
- Und eigentlich – eigentlich – sollten wir alle vor dem Landtag demonstrieren gehen, weil ohne Veränderungen von dort, wird alles was wir hier tun, ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben.
 - o Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips
 - o Echte Altschuldenlösung
 - o Höherer Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz

- o Höherer Anteil am Umsatzsteueraufkommen für die Kommunen.

Das sind die Gamechanger, die wir brauchen!

Deshalb sagen wir klar:

Wir lehnen diesen Haushalt nicht ab, weil wir uns der Verantwortung entziehen. Wir haben auch nicht reflexartig entschieden, sondern nach einem langen Abwägungsprozess. Wir lehnen ihn heute ab, weil wir die Perspektive für die Stadt Eschweiler so nicht verantworten können.
